

Angriff auf Nakba-Gedenken: Die Bühne ist bereit

Berlin: Gewaltsame Unterdrückung des Nakba-Gedenkens. Androhung weiterer Repression

Von Max Grigutsch

Eskalation mit Ansage: Die Polizei hat in Berlin die Demonstration zum Nakba-Tag angegriffen. Die rund 1.100 Teilnehmer, die die Staatsgewalt gezählt haben will, erinnerten am Donnerstag an die Vertreibung von über 700.000 Palästinensern im Kontext der Staatsgründung Israels im Mai 1948 – vor inzwischen 77 Jahren. Polizeisprecher Florian Nath berichtete am Donnerstag abend auf der Onlineplattform X von »erheblichen Gewalttätigkeiten aus der Menge der Teilnehmenden gegen Polizeibeamte«. Es seien über 50 Demonstranten festgenommen worden, darunter nach jW-Informationen mindestens vier Journalisten. Nach Polizeiangaben sind auch mehrere Teilnehmer verletzt und ins Krankenhaus gebracht worden, konkrete Zahlen wurden nicht genannt. Der Augenzeuge und Journalist Ignacio Rosaslanda sagte am Freitag allerdings gegenüber junge Welt, er habe »noch nie eine so brutale Unterdrückung einer Demonstration gesehen«.

Rosaslanda, der bereits im Rahmen seiner Berichterstattung über die Besetzungen des Instituts für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität Berlin im Mai 2024 und des Emil-Fischer-Hörsaals im April 2025 von Beamten verprügelt und festgesetzt worden war, wurde während der Demo erneut festgenommen. »Es war verdammt lächerlich«, sagte Rosaslanda gegenüber jW. Er sei – klar als Presse gekennzeichnet – zusammen mit drei polnischen Journalisten festgenommen und an seiner

Arbeit gehindert worden: »Sie haben mich daran gehindert, das zu dokumentieren. Ich habe die Hälfte der Demonstration verpasst.«

Wie in den vergangenen Jahren hat die Polizei den Demonstrationzug verboten und als Kundgebung auf den Berliner Südstern im Ortsteil Kreuzberg beschränkt. Aufgerufen hatten verschiedene antizionistische und palästinasolidarische Akteure wie der Verein »Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost«, die Bewegung »Palästina spricht« oder die Gruppe »Global South United«. Kurz nach Beginn der Kundgebung fluteten Videoaufnahmen die sozialen Medien – zu sehen sind hochgerüstete Polizisten, die auf Demonstranten einschlagen und einige unter Anwendung von Gewalt festnehmen. Teils schlugen mehrere Beamte auf am Boden liegende Teilnehmer ein.

Dass, wie Polizeisprecher Nath noch am Donnerstag gegenüber dpa verkündet hatte, bei einem Beamten Knochenbrüche an der Hand festgestellt worden seien, wurde seither nicht mehr berichtet. Auch vom Einsatz eines Defibrillators war am Freitag nicht mehr die Rede, doch die Bühne war bereitet für neue Verbotsforderungen und Rufe nach noch stärkerer Repression.

Die Staatsgewalt und ihr mediales Vorfeld inszenierten zu diesem Zweck die prügelnden Polizisten als Opfer vermeintlicher Gewalt von seiten der Demoteilnehmer. Zehn verletzte Beamte hätten sie zu verbuchen, behauptete Sprecher Nath auf X. Ein Polizist sei »in die Menge hineingezogen worden«, wo dann auf ihn »eingetreten« wurde, meinte er zu wissen. Der

Verletzte habe einen Armbruch erlitten. Bild titelte am Freitag: »Tritte, immer wieder Tritte: Bangen um den verletzten Polizisten, den Judenhasser niedertrampelten«. Berlins regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) sprach von einem »feigen, brutalen Gewaltakt«, der sich gegen den »Rechtsstaat« und damit gegen »uns alle« richte, und drohte »konsequente« Repression »mit allen Mitteln des Rechtsstaates« an.

Der Lobbyverein Deutsch-Israelische Gesellschaft behauptete, es gebe eine »starke Radikalisierung in diesem Milieu« und eine »verstärkte Gewaltbereitschaft«. Eine versammlungsrechtliche Neubewertung von propalästinensischen Demonstrationen sei nötig. Es handele sich häufig »um reine Israel-Hass-Veranstaltungen und nicht um Demonstrationen für die Rechte und legitimen Anliegen der Palästinenser«.

Mit Blick auf eine weitere Demonstration zum Gedenken an die Nakba, die für diesen Sonnabend in Berlin-Mitte angemeldet ist, forderte der Chef der Berliner »Gewerkschaft der Polizei«, Stephan Weh, die am Donnerstag Festgenommenen »wenigstens ein paar Tage in Gewahrsam« zu lassen, damit sie nicht teilnehmen können.

**Kommentar: Eskalation mit Vorsatz
Polizeigewalt bei Nakba-Demo in Berlin
Von Nick Brauns**

Weltweit ist am 15. Mai von Palästinensern und ihren Unterstützern des 77. Jahrestages der Nakba gedacht worden – der Flucht und Vertreibung Hunderttausender Araber aus Palästina durch den Terror zionistischer Milizen bei der Staatsgründung Israels. Die Proteste richteten sich auch gegen das von Deutschland mit Waffenlieferungen und politischer Rückendeckung für die ultrarechte Netanjahu-Regierung unterstützte genozidale Vorgehen der israelischen Armee in Gaza. Allein am Donnerstag wurden dort über 140 Palästinenser getötet. Zu Recht sprechen

Palästinenser von einer neuen Nakba.

An zwei Orten wurde das Nakba-Gedenken mit Polizeigewalt konfrontiert: im israelischen Haifa und in Berlin. In der israelischen Stadt nahm die Polizei Teilnehmer einer Friedenskundgebung von jüdischen und palästinensischen Israelis fest, die die dort verbotene Flagge Palästinas gezeigt hatten. Und in Berlin hatte die Polizei eine Demonstration durch den Bezirk Neukölln – Heimat einer großen palästinensischen Diaspora – zur »Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit« verboten. Eine statt dessen genehmigte, lediglich stationäre Kundgebung im benachbarten Kreuzberg wurde immer wieder von Greiftruppen der Polizei attackiert, die auf Demonstranten einprügelten und Dutzende von ihnen festnahmen. Schließlich fuhren Wasserwerfer auf, und die Polizei löste die Kundgebung ganz auf. Dass ein solches Vorgehen auch zu Wut- und Widerstandshandlungen führt – so sollen einzelne Getränkebüchsen in Richtung Polizei geflogen sein –, erstaunt nicht.

Im Mittelpunkt der Berichterstattung von öffentlich-rechtlichen Medien bis Springer-Presse standen anschließend die bei ihrem Prügeleinsatz verletzten Polizisten. Ein Polizist sei von einem »Judenhassermob« niedergetrampelt und schwer verletzt worden, so Bild. Der auf Videos an seiner Rückennummer identifizierbare Beamte schlug zuvor laut Bildmaterial mit Fäusten Demonstranten wild ins Gesicht.

Die Demonstration sei »in erschreckender Weise eskaliert«, beklagte Berlins SPD-Innensenatorin Iris Spranger. Tatsächlich war es eine von der Polizei mit Vorsatz betriebene Eskalation. Hier wurden genau jene Bilder provoziert, die für eine weitere Verschärfung der Repression gegen die Palästina-Solidarität benötigt werden. Ein Großteil der Medien leistet Schützenhilfe für solche staatlichen Angriffe auf die Meinungs- und Versammlungsfreiheit: durch die unkritische Übernahme von Polizeiberichten und die Dämonisierung der Demonstranten als vermeintlich antisemitischer Mob.

Niemand sollte sich der Illusion hingeben, dass die Einschränkungen von demokratischen Rechten auf propalästinensische Aktivisten beschränkt bleiben. Der Staat läuft sich warm, um für die angestrebte Kriegsfähigkeit gegen jede Antikriegsopposition vorgehen zu können. Bezeichnend, dass die vermeintlich vierte Gewalt dabei weitgehend sekundiert.

Krieg gegen Gaza: Gaza ohne jede Hilfe

Gazastreifen: Einzige verbliebene Krebsklinik außer Betrieb. Israel weitet Krieg gegen abgeriegelte Enklave aus. Humanitäre Lage verheerend
Von Wiebke Diehl

Es war die letzte Krebsklinik im Gazastreifen: Am Freitag gab die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bekannt, das Europäische Krankenhaus in Khan Junis habe nach israelischen Angriffen den Betrieb einstellen müssen. Am 13. Mai sei es so schwer beschädigt worden, dass es nicht mehr

funktionsfähig sei, so WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus auf der Kommunikationsplattform X. »Lebenswichtige Leistungen wie Neurochirurgie, Herzbehandlung und Krebsbehandlung« würden damit nirgendwo in Gaza mehr angeboten. Die WHO habe die verbliebenen Mitarbeiter der Klinik in Sicherheit gebracht, während die Luftwaffe in der Nähe angegriffen habe – nach Angaben der Armee ein »präziser Angriff auf Hamas-Terroristen in einem Kommando- und Kontrollzentrum« unter dem Krankenhaus.

Jetzt ist in Khan Junis im südlichen Gazastreifen nur noch das Nasser-Krankenhaus in Betrieb. Auch diese Klinik nahm Israels Armee allerdings zeitgleich mit den verheerenden Attacken auf das Europäische Krankenhaus unter Beschuss. Seit eineinhalb Jahren werden Gesundheitseinrichtungen in der Küstenenklave gezielt angegriffen. Insbesondere in Nordgaza gibt es faktisch keine Gesundheitsversorgung mehr. Das Kamal-Adwan-Krankenhaus ist dem Erdboden gleichgemacht worden, das Schifa-Krankenhaus und das Awda-Krankenhaus wurden schwer beschädigt. Im Indonesischen Krankenhaus haben israelische Soldaten alle medizinischen Geräte zerstört.

Derweil verschärft sich die humanitäre Lage infolge der Komplettblockade des Gazastreifens immer weiter: Die gesamte Bevölkerung ist von akuter Ernährungsunsicherheit und einem Mangel an Trinkwasser betroffen. Fast die Hälfte davon ist entsprechend der internationalen Klassifizierung nur noch einen Schritt von der Hungersnot entfernt. Kinder leiden ganz besonders unter Hunger – mit oftmals irreversiblen Folgen. Am Freitag beklagte der UNICEF-Regionaldirektor für den Nahen Osten und Nordafrika zudem die anhaltend hohe Zahl getöteter Kinder. Allein in den vergangenen zwei Tagen seien es 45 gewesen, in den letzten zwei Monaten gar 950. Sie würden »in Krankenhäusern, in zu Notunterkünften umfunktionierten Schulen, in behelfsmäßigen Zelten oder in den Armen ihrer Eltern getötet oder verletzt«.

Allein zwischen Freitag morgen und Freitag mittag wurden bei israelischen Angriffen im Gazastreifen mindestens 100 Menschen getötet – am Donnerstag waren es bereits über 100. Dutzende sind nach Angaben der örtlichen Behörden noch unter den Trümmern begraben. Krankenwagen könnten wegen zerstörter Straßen und Gebäude die Verletzten nicht erreichen. In den vergangenen Tagen haben sich die israelischen Angriffe auf die Küstenenklave erheblich intensiviert. Unter Berufung auf Sicherheitsbeamte berichtet die israelische Nachrichtenseite Ynet, die Verstärkung der Bombardierungen sei eine Vorbereitung auf den Einmarsch weiterer Truppen. Am Dienstag hatte Ministerpräsident Benjamin Netanjahu die neue militärische Offensive angekündigt. Egal welche Zugeständnisse die Hamas mache, man werde »bis zum Ende« gehen.

Währenddessen stellte US-Präsident Donald Trump vor Journalisten in Abu Dhabi fest, dass in Gaza »viele Menschen am Verhungern sind«. Man werde sich »darum kümmern«. Nur einen Tag zuvor hatte Trump in Katar erklärt, er »wäre stolz darauf, wenn die USA (den Gazastreifen) bekommen, einnehmen und zu einer Freiheitszone machen«.

Brief aus Jerusalem: Von Nakba zu Völkermord

Brief aus Jerusalem: Gedenken an die Vertreibung der Palästinenser vor 77 Jahren Von Helga Baumgarten

Weltweit gedenken Palästinenser der Vertreibung im Jahre 1948, dem Jahr der Staatsgründung Israels. Damals verloren etwa 750.000 Palästinenser ihre Heimat. Sie wurden mit Waffengewalt und durch zahllose Massaker vertrieben. Immer mehr Informationen aus den israelischen Archiven dringen an die Öffentlichkeit zu eben diesen Massakern mit gnadenlosen und wahllosen Morden an Frauen, Männern und Kindern. Viele Berichte über Vergewaltigungen und anschließende Morde an Frauen und Mädchen werden bekannt, ebenso, dass die damalige israelische Führung unter David Ben-Gurion von Anfang an darüber Bescheid wusste und das Töten von Zivilisten forderte, wie aus dem Tagebuch des Staatschefs hervorgeht. All das kann im Detail in der israelischen Zeitung Haaretz nachgelesen werden.

Das ganze Jahr 1948 war für die Palästinenser eine einzige große Katastrophe, Nakba auf arabisch. Aber was bedeutet die Nakba für Israel, für die Menschen in dem Land? Eigentlich gar nichts. 1948 ist für sie das Jahr der Staatsgründung, der erste große historische Erfolg für die zionistische Bewegung, die Theodor Herzl 1897 in Basel begründet hatte mit eben dem Ziel, einen jüdischen Staat zu etablieren. Die Palästinenser waren in diesem Kontext eigentlich nur eines: ein Störfaktor, der möglichst schnell und ohne international großes Aufsehen beseitigt werden musste. Genau das konnte 1948 erreicht werden.

Die wenigen in Israel verbliebenen Palästinenser wurden unter ein brutales Militärregime gestellt, das bis 1966 andauerte. Auch das nahm kaum ein jüdischer Israeli überhaupt wahr. Der Junikrieg 1967 führte diese Entwicklung fast bruchlos weiter. Neu war, dass nun das gesamte historische Palästina von Israel kontrolliert wurde, »from the river to the sea«. Und auch, dass direkt nach diesem Krieg zwei Stimmen mit schonungsloser Kritik an die israelische Öffentlichkeit herantraten: die marxistische Organisation Matzpen, der jüdische und palästinensische Aktivisten angehörten, und der Philosoph Yehoshua Leibowitz. Letzterer warnte 1967 davor, dass eine andauernde Besatzung die Gefahr in sich berge, dass die israelischen Juden zu Judeofaschisten würden. Matzpen formulierte es noch direkter: Die Besatzung müsse sofort und bedingungslos beendet und die Armee zurückgezogen werden. Denn ein Besatzungsregime würde die Besatzer zu Mördern machen, die wiederum von den Besetzten angegriffen und getötet würden.

Doch Israel hält die Besatzung bis heute aufrecht. Seit dem Angriff der Hamas im Oktober 2023 ist in Gaza ein Völkermord in Gang, in dem Zehntausende getötet wurden. In der Westbank hat ein brutaler Prozess der ethnischen Säuberung und Zerstörung begonnen. In Haaretz schreibt Rafi Walden, dass sich die Prophezeiung von Leibowitz gerade heute bewahrheite: Ein großer Teil der Israelis müsse als Judeofaschisten bezeichnet werden. Es gibt inzwischen zwei konträre israelische Positionen zur Nakba. Die

eine, die seitens der Regierung und ebenso im Parlament, in dem die Regierung die Mehrheit hat, vertreten wird, fordert in immer neuen Variationen eine neue Nakba für die Palästinenser. Präziser: Sie fordert sie nicht nur, sie führt eine neue und um vieles tödlichere und brutalere Nakba, einen regelrechten Völkermord durch. Ständig neue Aufrufe fordern die massenhafte Ermordung der Menschen in Gaza, explizit auch der Kinder, zuletzt in der Knesset am Mittwoch: schamlos und in aller Offenheit.

Die zweite Position wird nur von einer winzigen Minderheit vertreten. Es sind einige hundert, vielleicht zwei- bis dreitausend, die gemeinsam mit einigen tausend Palästinensern an die historische Katastrophe erinnern und gegen die fortgesetzte Nakba protestieren. Dafür werden sie stark angegriffen von den Extremisten und der Polizei; verbal und physisch. Die Stimmung heute in Israel reflektiert dies unübersehbar: Die Mehrheit unterstützt den Völkermord in Gaza und betrachtet ihn als legitim. Das gilt im selben Maße für die ethnische Säuberung in der Westbank und die angekündigte Annexion. Davor verschließen die deutsche Regierung und die deutschen Medien bis heute ihre Augen.

Ben & Jerry's-Gründer im US-Kongress verhaftet

Washington. Der Mitgründer der Eiscrememarke Ben & Jerry's, Ben Cohen, ist bei einer Protestaktion gegen den Gazakrieg im US-Kongress am Donnerstag (Ortszeit) festgenommen und in Handschellen abgeführt worden. Der 74jährige hatte zusammen mit anderen eine Sitzung mit Gesundheitsminister Robert F. Kennedy Jr. unterbrochen und gerufen: »Der Kongress zahlt für Bomben, um Kinder in Gaza zu töten«, wie auf einem von der New York Times veröffentlichten Video zu sehen ist. Andere Demonstranten hielten Poster hoch. Cohen hatte zusammen mit Jerry Greenfield die Eiscrememarke gegründet. Beide sind Juden und hatten bereits mehrfach Israels Besatzungspolitik kritisiert. (dpa/jW)

Palästina: Schützende Präsenz

Israelis trotzen gesellschaftlicher Gleichgültigkeit und unterstützen von Siedlern bedrohtes palästinensisches Leben im besetzten Jordantal
Von John McAulay

Obwohl Haifa eine der größten Städte Israels ist, überrascht es nicht, dass es zu dieser späten Stunde so ruhig ist. Das normalerweise geschäftige Industriegebiet, in dem sich einer der wichtigsten Seehäfen des Mittelmeers befindet, ist in eine fast unnatürliche Stille gehüllt. Um vier Uhr morgens ist das leise Summen der Stromleitungen das einzige konstante Geräusch, während die Straßenlaternen ein mattes orangefarbenes Licht auf die leeren Grundstücke und Lagerhäuser werfen. Ich stapfe durch die Straßen und schaue alle paar Minuten nervös auf die

Karte auf meinem Telefon.

Sich in einer fremden Stadt zurechtzufinden ist schon schwierig genug, aber in Haifa ist es noch komplizierter. Die Stadt liegt im Norden Israels etwa 20 Meilen von der libanesischen Grenze entfernt und ist seit dem 7. Oktober 2023 häufig Ziel von Raketenangriffen der Hisbollah. Israel hat ein GPS-Spoofing eingeführt, also das Aussenden von Störsignalen zur Abwehr feindlicher Raketen oder Drohnen. Dadurch zeigen Apps wie Google Maps falsche Standorte an, so dass ich mich unerklärlicherweise im benachbarten Jordanien befinden soll. Da ich meine Position nicht genau verfolgen kann, verpasse ich meine Bushaltestelle. Ich schaffe es gerade noch rechtzeitig zum Abholpunkt.

Ein kleines Auto hält auf einem Rastplatz am Stadtrand. Das Beifahrerfenster wird heruntergekurbelt und zeigt zwei freundliche, sanfte Gesichter, die mich anstarren. Ich steige ein, und wir machen uns auf den Weg über ruhige Straßen im Norden Israels. Auf halber Strecke halten wir an einer leeren Tankstelle an, um einen anderen Aktivist aufzunehmen und das Auto zu wechseln. Dieses zweite Fahrzeug, ein heruntergekommener, aber praktischer Geländewagen, wurde der Organisation gespendet. »Im Kofferraum befinden sich Lebensmittel, die wir den Palästinensern geben werden, damit sie für uns kochen können«, erklärt einer von ihnen. »Die Sachen stehen schon den ganzen Tag in der Sonne, aber wir hoffen, dass sie gut sind.«

Jeden zweiten Sonntag Wir brechen wieder auf. Draußen klärt sich der Himmel und gibt den Blick auf die sich verändernde Landschaft frei: Die steilen Berge des Jordantals sind jetzt sichtbar. Nach etwas mehr als einer Stunde Fahrt zeigt einer der Aktivist nach vorne: »Da ist es.« Ein Kontrollpunkt taucht auf, aber die Soldaten winken uns durch, ohne sich groß für uns zu interessieren. »Israelisches Nummernschild«, bemerkt der Fahrer beiläufig. Wir erreichen die besetzte Westbank, als die Sonne gerade über dem jordanischen Hochland aufgeht.

Für David und Neomi ist es eine regelmäßige Fahrt. »Wir kommen alle zwei Wochen hierher, das ist eine feste Einrichtung«, erklärt Neomi, als wir in der Nähe der kleinen palästinensischen Gemeinde Al-Farisija parken. Seit zwei Jahren verlassen die beiden, ein Paar in den Sechzigern, an jeden zweiten Sonntag ihr komfortables Leben in Haifa, wo sie im akademischen Bereich arbeiten. Dann machen sie sich vor Sonnenaufgang im Namen ihrer Organisation Jordan Valley Activists auf den Weg. »Als wir einmal angefangen hatten, haben wir nie wieder zurückgeblickt.«

David und Neomi gehören zu einer relativ kleinen Gruppe israelischer Bürger, die beschlossen haben, gegen die Besetzung und systematische Unterdrückung im Westjordanland vorzugehen. Da sowohl die Regierung als auch die extremistischen Siedler den Druck auf die palästinensischen Gemeinden im Westjordanland verstärkt haben, hat sich eine wachsende – wenn auch immer noch begrenzte – Zahl von Israelis von dem im Land vorherrschenden Gefühl der Gleichgültigkeit verabschiedet. Der Hauptteil ihrer Arbeit besteht in dem, was sie als »schützende Präsenz« bezeichnen, wobei schon die bloße Begleitung von Palästinensern Anschläge verhindern und Probleme mit den Behörden vermeiden kann.

Das Jordantal ist eines der Gebiete, die derzeit am stärksten unter israelischem Beschuss stehen. Premierminister Benjamin Netanjahu und mehrere Kabinettsmitglieder haben wiederholt die Annexion des Tals gefordert, und die Rückkehr von Donald Trump ins Weiße Haus hat die Bedenken noch verstärkt. Die rund 60.000 Palästinenser, die in der Region ihr Zuhause haben, erleben derzeit eine Vertreibungswelle, befeuert von Schikanen der Siedler und militärischem Druck. Berichten zufolge wurden in weniger als zwei Jahren etwa 100 Quadratkilometer Land im Jordantal »aufgrund der israelischen Politik und der Siedlergewalt fast vollständig von den Palästinensern geräumt, die dort jahrzehntelang lebten«.

Die Organisation von David und Neomi konzentriert sich auf die Unterstützung palästinensischer Hirtengemeinschaften, die häufig Ziel von Extremisten sind. »All diese NGOs kommen und gehen, aber als wir hier waren, hatten wir das Gefühl, dass diese Organisation effizienter ist als andere«, erklärt Neomi. Das Ehepaar nimmt immer noch an Protesten gegen die israelische Politik teil, glaubt aber, dass seine Arbeit vor Ort eine größere Wirkung entfaltet. »Man hat wirklich das Gefühl, dass man die Besetzung physisch stoppt.«

Tägliche Schikane In Ras Ein Al-Auja, weiter südlich im Jordantal und nur wenige Kilometer von der Stadt Jericho entfernt, sieht die Realität nicht viel anders aus. Die meisten Bewohner dieser palästinensischen Gemeinde betreiben Schafzucht. In den vergangenen Jahren sind die nahe gelegenen israelischen Siedlungen erweitert worden, und häufig kommen Extremisten und schikanieren die Einwohner.

Andrej ist hier, um das zu dokumentieren. Er ist unabhängiger Journalist und Aktivist der israelischen Organisation Looking the Occupation in the Eye (Der Besetzung ins Auge schauen) und hat die Nacht im Basislager der Gruppe in Ras Ein Al-Auja verbracht, zusammen mit Thea und Estee, zwei Kolleginnen aus Tel Aviv. Nach einem frühen Frühstück, das Gastgeber Mohammed zur Verfügung gestellt hat, brechen wir genau in dem Moment auf, als die Sonne beginnt, die karge Landschaft zu färben.

Eine kurze Fahrt führt uns an den Rand des weitläufigen Dorfes, wo wir an einem Kanal anhalten, der mit großen Steinen zugeschüttet ist. »Es ist an der Tagesordnung, den Palästinensern den Zugang zu ihren Wasserquellen zu versperren«, erklärt Andrej und fügt hinzu, dass die Siedler auch dafür bekannt sind, Rohre zu kappen, die vom Bach nach Ras Ein Al-Auja führen. »Dies war einer der letzten Orte im Westjordanland, an denen die Palästinenser ungehindert Zugang zu Wasser hatten. Die meisten anderen sind von Siedlern übernommen worden, und nun auch dieser.«

Nachdem wir den Kanal freigeräumt haben, gehen wir zurück in Richtung des Dorfes. Entlang der Straße sind zwei israelische Extremisten aufgetaucht, die ihre Kamele auf palästinensischem Privatland weiden lassen, nur wenige Meter von den Häusern des Dorfes entfernt. Sie hören auch nicht damit auf, obwohl sie von den Aktivisten zur Rede gestellt und die Behörden verständigt werden. Die israelische Polizei und das Militär tauchen dreimal auf, lassen aber zu, dass die Siedler die Gemeinde weiter

schikanieren. Die einzigen, deren Ausweise kontrolliert werden, sind die Aktivisten. Thea ist nicht überrascht. »Das ist das Übliche. Vor ein paar Tagen hat ein Siedler einen Stein auf einen Schulbus geworfen, in dem Kinder saßen, und es ist nichts passiert.« Andrej nickt. »All das ist Teil des zunehmenden Drucks auf dieses Gebiet, um die Menschen aus dem Dorf zu vertreiben«, fügt er hinzu.

Andrej veröffentlicht seit fast einem Jahr in den sozialen Netzwerken Informationen aus Ras Ein Al-Auja und anderen bedrohten Gebieten im Westjordanland. Unter dem Pseudonym Andrej X hat er schnell eine große Fangemeinde um sich geschart. Er gründete sein Tik-Tok-Konto im Juni 2024 und hat derzeit fast 110.000 Follower sowie eine ähnliche Anzahl auf Instagram und weitere 40.000 auf X. »Ich glaube, in den letzten Monaten haben etwa 50 Millionen Menschen mein Gesicht gesehen«, sagt er mit einem Grinsen.

Andere Israelis überzeugen Auf seinen Kanälen dokumentiert Andrej die täglichen Mühen der Palästinenser, die Angriffe der Siedler und die israelischen Militäroperationen bis hin zu Landnahmen und rechtlichen Schwierigkeiten. »Es passiert hier eine Menge, aber es wird nicht annähernd genug darüber berichtet«, beklagt Andrej. Und während er versteht, dass die Berichterstattung über Israels Krieg im Gazastreifen »zu Recht« die Aufmerksamkeit der weltweiten Medien in Anspruch nimmt, glaubt er, dass über das Westjordanland zuwenig berichtet wird. »Ich habe es mir zur Aufgabe gemacht, das zu ändern«, erklärt er seinen Antrieb.

Der in Russland geborene und aufgewachsene Andrej arbeitete als politischer Journalist für oppositionelle Medien, bevor er zu Beginn des Krieges in der Ukraine floh. Aufgrund seiner jüdischen Abstammung konnte er sich einen israelischen Pass besorgen und zog Anfang 2022 in das Land. »Anfangs wusste ich nicht viel über das, was hier passierte«, gibt er zu. Aber er beschloss, sich durch Lesen und Gespräche mit Menschen auf beiden Seiten über den Konflikt zu informieren. »Es dauerte etwa sechs Monate, bis ich merkte, dass mir nicht gefiel, was da vor sich ging«, erzählt er. Andrej wurde bald politisch aktiv und ging regelmäßig ins Westjordanland, um die Palästinenser zu unterstützen. »Dann verging ein Monat, dann wieder einer ... Und dann habe ich einfach angefangen, das in Vollzeit zu machen.«

Er hofft, mit seinen Berichten das internationale Bewusstsein für die Probleme der Palästinenser zu schärfen und andere zu ermutigen, den gleichen Weg wie er einzuschlagen. »Ständig kommen Leute zu mir und sagen, dass sie meine Videos an ihre Familie schicken, um sie zu überzeugen«, erklärt er stolz. »Es gibt definitiv Leute, die durch unsere Outreachprogramme zu Aktivisten geworden sind, durch das, woran meine Kollegen und ich gearbeitet haben, um mehr Aktivisten mit israelischem Pass hierher zu bringen.«

Dennoch ist er unsicher, wieviel Einfluss sie haben können. Selbst wenn sich mehr Israelis engagieren, glaubt Andrej, dass der Schlüssel darin liegt, die Unterstützung für Israel aus dem Ausland zu verringern. »Ich mache mir keine Illusionen, wenn es darum geht, Zionisten davon zu überzeugen, keine Zionisten mehr zu sein«, meint er. »Und ich glaube

nicht, dass dieser Konflikt auf diese Weise gelöst werden kann. Er wird nur durch internationalen Druck gelöst werden, indem man die Zufuhr von unendlich viel Geld für die Besetzung und den Völkermord abschneidet.«

Im Norden, in Al-Farisija, sitzen David und Neomi, die Gesichter unter ihren Hüten verborgen, im Schatten eines dornigen Busches. In den ausgedörrten Hügeln des Jordantals darf man nicht wählerisch sein: Jeder Schutz vor der brennenden Mittagssonne ist willkommen. In einiger Entfernung wippt Ahmed auf seinem Esel. Dutzende von Schafen streifen umher und knabbern an den Sträuchern, die zaghaft zwischen Rissen im trockenen Boden wachsen. Das Ehepaar hält Ausschau und sucht die Landschaft nach Bewegungen ab. Aber heute ist ein Glückstag: Es scheinen keine Extremisten in der Nähe zu sein.

Solidarische Grüße!

Dieter Kaltenhäuser

Tritt ein für die Rechte ALLER Menschen!

Unterstütze BIP! <https://bip-jetzt.de>

--

Sie erhalten diese Nachricht, weil Sie in Google Groups E-Mails von der Gruppe "BIP-Mitglieder" abonniert haben.

Wenn Sie sich von dieser Gruppe abmelden und keine E-Mails mehr von dieser Gruppe erhalten möchten, senden Sie eine E-Mail an bip-mitglieder+unsubscribe@googlegroups.com.

Wenn Sie in dieser Gruppe einen Beitrag posten möchten, senden Sie eine E-Mail an bip-mitglieder@googlegroups.com.

Diese Diskussion finden Sie unter <https://groups.google.com/d/msgid/bip-mitglieder/A9409BE8-FE92-425A-A5A4-0A47305532DE%40kaltenhaeuser.de>.

Weitere Optionen finden Sie unter <https://groups.google.com/d/optout>.